

## **Bericht des Vorstandes – 25. Plenum 16.03.2022**

Liebe Mitglieder des LSBB,  
Werte Gäste,

Vor einigen Tagen sind wir alle in einem anderen Europa aufgewacht. Der heutige Bericht beginnt mit unserer Stellungnahme zum Krieg in der Ukraine. Wie viele Berliner sind auch wir erschüttert über den Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine und stehen als LSBB solidarisch an der Seite des ukrainischen Volkes. Die mutigen Menschen in der Ukraine haben unser Mitgefühl und unseren Respekt.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine beschäftigt auch ganz individuell die älteren Menschen, jene die schon mal einen Krieg erlebt haben.

Dass sich Kriegserlebnisse einprägen und die Menschen bis ins hohe Alter bewusst oder unbewusst begleiten, das ist in Gesprächen feststellbar. Viele Senior\*innen dachten, dass diese Kriegserinnerungen verarbeitet und weggesteckt sind. Dass so viel Gras über die Zeit gewachsen ist, dass es keine Rolle mehr spielt. Aber das ist nicht der Fall. Durch die vielen Geschehnisse aktuell, durch die Bedrohung, die sie wahrnehmen, ist alles wieder da. Sie erzählen über ihre Flucht und Vertreibung, über Kriegserlebnisse, über den Hunger und über Familienangehörige, die nicht wiederkamen. Viele von Ihnen helfen ehrenamtlich, bieten Unterkunft an oder spenden für die ukrainischen Familien. Die Wohlfahrtsorganisationen haben ohne Zeitverlust sehr schnell und flexibel mit ehrenamtlichen Helfer\*innen, Geflüchteten aus den Kriegsgebieten geholfen.

Wir erleben zugleich auch einen unvergleichbaren täglichen Medien- und Informationskrieg, der von den Medien aggressiv betrieben wird. Die ständig verbreiteten unterschiedlichen Nachrichten sind oft nicht durchschaubar.

Wir, die Mitglieder des LSBB machen mit großer Ernsthaftigkeit besonders darauf aufmerksam, dass sie eine Ungleichbehandlung von Geflüchteten ablehnen. Die Gleichbehandlung ist zwingend gesetzlich zu regeln.

Mit Nachdruck verurteilen wir alle Angriffe auf ukrainische und russische Menschen, und auf Einrichtungen, die jetzt nur unter Schutzmaßnahmen ihre Tätigkeit fortsetzen können.

In dieser Zeit sollten wir umsomehr unsere sozialen Netzwerke stärken, zum Informationsaustausch nutzen, unsere Kräfte bündeln und uns als Helferorganisationen solidarisieren. Es gibt aktuell auch einen Aufruf zur Mithilfe im Ankunftszentrum Tegel.

Es ist gegenwärtig noch kaum einschätzbar, wie sich dieser Krieg mit all seinen sozialen, wirtschaftlichen und klimaspezifischen Folgen auf unser aller Leben auswirkt.

In dieser Zeit, am 01.03. 2022 hat der, zu Beginn seiner Amtszeit tätige Berliner Senat den Haushaltsentwurf für die Jahre 2022 und 2023 beschlossen.

Wir haben das anerkennende Grußschreiben der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey entgegengenommen. Sie freut sich darauf gemeinsam mit uns für unser Berlin zu arbeiten.

Der LSBB begrüßt, dass im Haushaltsentwurf zum einen Vorsorge getroffen wird, um künftige finanzielle Risiken zu mindern und zum anderen Prioritäten gesetzt werden, damit Berlin aus der pandemiebedingten Krise hervorgehen kann.

Der Haushaltsplanentwurf sieht u.a. den Bau von 5000 öffentlich geförderten Wohnungen pro Jahr vor. Dafür stellt das Land jährlich 740 Mio. Euro zur Verfügung. Für uns war und ist bezahlbares Wohnen auch für die Älteren dieser Stadt eine wichtige Forderung.

Zehn Prozent zusätzliche Mittel für die digitale Verwaltung und die Bezirke sind dringend erforderlich. Die geplanten ämterübergreifenden Kiezbüros und mobilen Serviceangebote für besondere Lebenslagen, erleichtern auch den Senior\*innen die Kontakte mit Ämtern.

Unter den Stichwörtern Soziales und Inklusion, Gesundheit und Pflege werden spezifische Aufgaben formuliert.(eine Auswahl)

So wurde:

- das Angebot eines Sonderfahrdienstes für Menschen mit Behinderungen mit höheren Ausgaben fortgeführt,
- das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren wurde mit zahlreichen sozialen Projekten gefördert. Wir erinnern uns, die Regierungserklärung verweist auf die Fortführung der 38 Stadtteilzentren und die Schaffung 10 neuer in der Legislatur.
- die Mittel für das Angebot der Wohnungslosenhilfe, wie Notübernachtungen für Obdachlose wurden erhöht,
- für Tarifanpassungen zur gerechten Bezahlung im Zuwendungsbereich wurden zur Bezahlung der Beschäftigten bei Zuwendungsempfängern die Mittel in den Jahren 2022 und 2023 erhöht.
- im Zuge der Pflegeberufe-Reform wurde im ersten Schritt ein Umlagefonds in Form eines Sondervermögens eingeführt, um die neue dreijährige, für die Auszubildenden kostenlose, Pflegefachkräfteausbildung ab 2020 zu finanzieren.

### **Der Haushaltsentwurf beinhaltet große Chancen - aber auch Risiken.**

Der weitere Pandemieverlauf ist, wie auch der Krieg in der Ukraine mit seinen Auswirkungen, nicht einschätzbar. Zudem plant der Bundestag eine Änderungen in der Steuergesetzgebung.

Der Senat verweist darauf, dass bei all den Unsicherheiten haushaltspolitische Vorsicht gelten sollte.

Wir hatten als LSBB den Koalitionären Empfehlungen der Seniorenmitwirkungsgruppen zu seniorenpolitischen Schwerpunkten übergeben. Erfreulicherweise konnten wir feststellen, dass seniorenpolitische Fragen während der Verhandlungen als Querschnittsthemen in zahlreichen Facharbeitsgruppen diskutiert wurden. Wie z.B. im Rahmen der familienfreundlichen Stadt, der Gesundheits- und Pflegepolitik, einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur oder auch bei der Tarifentwicklung der ÖPNV-Tickets.

Unsere Empfehlungen wurden sowohl in den Koalitionsvertrag, als auch in die Regierungserklärung übernommen.

Der LSBB unterstützt den Anspruch, Berlin zu einer vielfältigen Stadt mit einer sozialen und nachhaltigen Stadtpolitik für alle Menschen, die hier leben, besser und lebenswerter zu machen.

So wollen auch wir dazu beitragen, dass der Titel: Zukunftshauptstadt Berlin. „Sozial.Ökologisch.Vielfältig.Wirtschaftsstark“ Realität werden kann.

Liebe Mitglieder des LSBB,  
der Vorstand hatte in den ganzen Jahren in großer Regelmäßigkeit und Zuverlässigkeit monatlich eine Vorstandssitzung.  
Seit dem Plenum im Januar 2022 war es am 25.01. und 22.02.  
Wir verständigten uns im Zoom-Meeting. Am 22.02. schloss sich nach der Vorstandssitzung, die AG Koordinierung mit der Senatsverwaltung Integration, Arbeit und Soziales an.

Im Mittelpunkt stand der Austausch über die Umsetzung unserer Forderungen im Koalitionsvertrag, über den Verlauf und die Ergebnisse des Interessenbekundungsverfahrens für den LSBB und die Vorbereitung des heutigen Plenums.

Von Interesse war für uns z.B. die Entscheidung der Senatsverwaltung zur Geschäftsverteilung und die Verortung des Schwerpunktes „Altenhilfe“. Dazu haben wir bis heute keine Mitteilung.

Inzwischen haben sich auch die gewählten „Sozialpolitischen Sprecher\*innen“ der Fraktionen gemeldet und suchen den Austausch mit uns.

Wir schlagen vor, dass die Vorbereitung der Gesprächsgruppen für Treffen mit Fraktionen, Abgeordneten und Senatsverwaltungen über das „Altenhilfestrukturgesetz“ oder die Novellierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes die Mitglieder des neu gewählten LSBB organisieren.

Es ist z.B. die Frage zu klären, wann sich das Abgeordnetenhaus mit dem „Altenhilfestrukturgesetz“ befassen wird? Welche Senatsverwaltung zuständig sein wird? Wie die Bezirke einbezogen werden? Wann das „Seniorenmitwirkungsgesetz“ noveliert wird? Der Abschlussbericht über die Evaluation des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes liegt ihnen bereits vor.

Der Vorstand hat zudem Pressemitteilungen veröffentlicht. Ich verweise auf die Pressemitteilung vom 25.02. „Neue Wohnungen für Berlin - auch für Seniorinnen und Senioren geeignet?“

In der AG Koordinierung verständigten wir uns gremienübergreifend über die Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Wahlen zu den bezirklichen Seniorenvertretungen.

Heute sind wir zeitlich inmitten der Wahlen, die vom 14.-18.03. stattfinden. Bis 28.02. war die Briefwahl zu beantragen. Unser aller Anliegen besteht darin, die Wahlbeteiligung allgemein, wie auch insbesondere die Beteiligung von Älteren mit Migrationsgeschichte zu erhöhen. Gleichwohl war es unser Anliegen, die Anzahl der Mitglieder in den SV mit Migrationsgeschichte zu erhöhen.

Die Videokonferenz der Senatorin Katja Kipping am 22.02. mit zahlreichen Migrant\*innenverbänden und Einrichtungen zu den SV Wahlen, war eine wichtige Möglichkeit in der Öffentlichkeitsarbeit. Die Senatsverwaltung hat Wahlplakate und Flyer mehrsprachig, in 8 Sprachen und zahlreiche Pressemitteilungen veröffentlicht. Das kom.zen hat sich unterstützend eingebracht.

Die Öffentlichkeitsarbeit, so schätzt der Vorstand ein, sei besser als 2017. Dennoch ist das Thema nicht in die Breite und Vielzahl der Medien gelangt.

Mehrere Anfragen bei TV Sendern waren ergebnislos.

Die neue LSV und der LSBB sollten das Ergebnis der Wahlen sehr genau analysieren und Schlußfolgerungen ziehen. Die LSV wird sich wie bekannt am 03.05. konstituieren.

Der Vorstand berichtet, das sich am 24.02. die LL - Steuerungsgruppe des Senates über die Planung des Monitoring verständigt hat und vorschlägt, die Fachtagung in der Zeit vom 01.10. bis 08.10.22, als Abschlussveranstaltung der Seniorenwoche durchzuführen.

Dem Vorstand ist bekannt, dass sich die Volkssolidarität und die SV Marzahn-Hellersdorf mit der praktische Umsetzung der Leitlinien befasst haben. Sie hat den altersgerechten Ausbau von Wohnformen und die Sicherstellung des altengerechten Wohnumfeldes thematisiert. Der Vorstand empfiehlt dem neuen LSBB und der neuen SV an diesem Thema weiter zu arbeiten.

Die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz hat uns in einem Begleitprozess zur Erarbeitung des Verkehrssicherheitsprogramm 2030 im April, November und Februar eingeladen. Die Auftaktveranstaltung findet am 08.04. als Videokonferenz statt.

Liebe Mitglieder des LSBB,

Abschließend möchte ich mit dem Satz enden: Lasst uns die gemeinsame erfolgreiche Arbeit von LSV und LSBB fortsetzen. Diese Stadt und ihre Senior\*innen brauchen uns!

Eveline Lämmer  
Vorsitzende